

## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat

### Einschreiben

Bundesamt für Migration  
DB INT, Sektion Europa  
Frau Giuseppina Iampietro  
Herr Markus Peek  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

25. Juni 2014

### **Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Iampietro  
Sehr geehrter Herr Peek  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren bezüglich Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns dazu wie folgt:

Das EASO fördert unter anderem die praktische Zusammenarbeit im Asylbereich zwischen den Mitgliedstaaten, dient als Kompetenzzentrum Asyl und übernimmt verschiedene Koordinationsaufgaben aus dem Asylbereich. Die wichtigste Aufgabe besteht in der Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten, deren Asyl- und Aufnahmesysteme besonderem Druck ausgesetzt sind. Die Schweiz, in der Mitte Europas gelegen, hat ein grosses Interesse an der reibungslosen Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten.

Wie sich aus dem erläuternden Bericht ergibt, weist die Vereinbarung einen statischen Charakter auf, das heisst, für allfällige rechtliche Weiterentwicklungen ergibt sich keine Übernahmepflicht für die Schweiz. Die Schweiz wird sich in vollem Umfang an den Aktivitäten der EASO beteiligen und entsprechend auch vollumfänglich von deren Angeboten profitieren können. Durch die Zusammenarbeit der europäischen Staaten können Synergien genutzt werden, die zu einer Stärkung des gesamten Dublin-Systems führen dürften. Die Kosten für die Beteiligung am EASO trägt der Bund, für die Kantone entstehen keine neuen Kosten.

Aufgrund dieser Ausführungen befürwortet der Regierungsrat die Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Festlegung der Modalitäten ihrer Beteiligung am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Roland Brogli  
Landammann

Dr. Peter Grünenfelder  
Staatsschreiber

Kopie

- [giuseppina.iampietro@bfm.admin.ch](mailto:giuseppina.iampietro@bfm.admin.ch)
- [markus.peek@bfm.admin.ch](mailto:markus.peek@bfm.admin.ch)